

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/240

Bonn, den 16. Dezember 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	Ausklang in Paris	98

Nach der NATO-Tagung

Von Günter Markscheffel, z.Z. Paris

1b	Entschlossenes Handeln geboten	42
----	--------------------------------	----

Zur Debatte über die Regierungserklärung

2	Frankreich als Beispiel	49
---	-------------------------	----

Die Wissenschaftsreserven sollen mobilisiert werden

Von Dr. Günther Müller, MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses

für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik

3 - 4	Gefährliche Versäumnisse	108
-------	--------------------------	-----

Ausländer - eine Gefahr für die Volksgesundheit ?

Von Dr. med. F. Schmidt, MdB

+ + +

Ausklang in Paris

Nach der NATO-Tagung

Von Günter Markscheffel, z.Z. Paris

Das Abschlußkommuniqué der diesjährigen Pariser NATO-Tagung läßt erkennen, daß sich die Partner des westlichen Verteidigungsbündnisses die Tür zu einer auf längere Sicht angelegten Entspannungspolitik offenhalten wollen. Man kann also für die nächste Zeit von der Voraussetzung ausgehen, daß die Amerikaner - vielleicht sogar gemeinsam mit den Franzosen - ihre Bemühungen um gute Kontakte mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Paktes intensiv fortsetzen werden. Als sehr bedeutsam wurde es in Paris empfunden, daß der amerikanische Außenminister von den NATO-Partnern in diesem Jahr keine neue Unterstützung für Vietnam gefordert hat. Er beschränkte sich darauf, den Verbündeten für bisher geleistete Hilfe zu danken.

Bonn darf Entspannung nicht blockieren

Die Situation der Bundesrepublik muß in diesem Zusammenhang mit größter Sorgfalt analysiert werden. Während es in früheren Jahren genügte, auf NATO-Tagungen die bundesrepublikanische Bündnistreue zu unterstreichen, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für ganz Deutschland zu begründen und herauszustellen, sowie militärische Planungen fast unbesehen zu billigen, stellen sich jetzt neue Aufgaben. Nach wie vor ist die Notwendigkeit des NATO-Bündnisses unstritten. Auch die Pflicht der Bundesrepublik für ganz Deutschland zu sprechen, findet Verständnis. Was die militärischen Dinge anbelangt, so erweist sich eine gründliche Bestandsaufnahme als notwendig. Zweifellos muß die Bundesrepublik durch ihr Verhalten, vor allem bei der Behandlung militärischer Fragen, jeden Eindruck vermeiden, daß sie es ist, die mögliche Entspannungsentwicklungen im Ost-West-Verhältnis blockiert.

Ein bedeutsamer Beschluß

Die zahlreichen Außenminister-Gespräche, die am Rande der NATO-Konferenz geführt wurden, ließen deutlich erkennen, wie sehr man es begrüßt, daß die neue Bundesregierung von sich aus bestrebt ist, einen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa zu leisten. Ein von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommener Vorgang während der NATO-Konferenz ist hierfür charakteristisch. Während einige Verteidigungsminister darauf drängten, jetzt schon langfristige militärische Planungsvorhaben zu beschließen, hat die Mehrheit der Außenminister den Antrag von Willy Brandt gebilligt, solche Entscheidungen auszusetzen, die Vorschläge der Militärs noch einmal in Ruhe zu beraten und erst dann Beschlüsse zu fassen. - Hier zeigt sich, wie stark die Tendenz der NATO-Partner zum vorsichtigen Handeln ist und wie froh man im Grunde darüber war, daß die neue Bundesregierung nicht auf militärische Entscheidungen drängte.

"Veränderte Weltlage"

Ebenso beachtlich ist der Vorstoß des belgischen Außenministers Harmel, man solle eine Arbeitsgruppe zum Studium der "veränderten Weltlage" bilden, um festzustellen, welche Aufgaben die NATO in Zukunft übernehmen könne. Harmel begründete seinen Vorschlag mit dem Hinweis darauf, daß man zwar überall von einem Abebben des Kalten Krieges rede, jedoch noch nicht genau wisse, wie sich dies politisch auf die

Situation in Europa auswirke. Außer den Türken und den Griechen, bei denen offenbar die Neigung besteht, die NATO-Politik nach dem Stil der fünfziger Jahre forzusetzen, erhoben die anderen Paktpartner keine Einwände gegen den Vorschlag des belgischen Außenministers.

Starker Beifall für den neuen Außenminister

Beachtlich war die Rolle, die der neue deutsche Außenminister Willy Brandt in Paris diesmal spielen konnte. Willy Brandt ist in der französischen Hauptstadt natürlich kein Unbekannter. Er hat in den vergangenen Jahren mehrfach in seiner Eigenschaft als Regierender Bürgermeister von Berlin vor dem Parlament der Westeuropäischen Union (WEU) gesprochen und ist auch zweimal mit dem französischen Staatspräsidenten zusammengetroffen. Nach der Umbildung der Bundesregierung trat er nun als Außenminister auf und zog sofort die Aufmerksamkeit aller Konferenzdelegationen, aber auch der internationalen Presse auf sich. Der politische Kredit Willy Brandts in der internationalen Öffentlichkeit ist sehr groß. Man schätzt Willy Brandts Rat, weil man weiß, wie er in den schwierigsten Jahren der alten deutschen Hauptstadt den Anspruch der Berliner Bevölkerung auf ihr Recht zur Selbstbestimmung mit Würde und Festigkeit vertreten hat. Im übrigen bürgt Brandts politische Vergangenheit für seine demokratische Grundhaltung. Deshalb wird jedes seiner Worte auf einer so großen internationalen Konferenz, wie es die Ministerratssitzung des NATO-Paktes ist, stark beachtet.

Was bei derartigen Tagungen ganz selten vorkommt, geschah mehrere Male, als Willy Brandt am Donnerstag nachmittag die deutsche Haltung zu den Problemen der Friedenssicherung in Europa präziserte. Der deutsche Außenminister wurde mehrere Male von starkem Beifall unterbrochen. Dies schlägt sich auch in der Berichterstattung der französischen und angelsächsischen Presse nieder. Die Bundesrepublik Deutschland und besonders die junge Generation hat in Willy Brandt einen weit über die Grenzen unseres Landes hinaus respektierten Anwalt. Dabei vermeidet es Willy Brandt ganz offensichtlich, dieses ihm entgegengebrachte Vertrauen seiner Person zuzuschreiben. Wenn er davor warnt, die Deutschen zu verketzern, weil in ihrem Namen vor mehr als zwei Jahrzehnten Schreckliches geschehen ist, wenn er darstellt, daß die Deutschen die Wiedervereinigung nicht etwa anstreben, weil sie Unruhe stiften wollen, sondern weil sie im Gegenteil der Überzeugung sind, daß durch die Wiedervereinigung Deutschlands ein Unruheherd in der Welt b e s e i t i g t wird und wenn gleichzeitig damit deutsche Beiträge zur Entspannung in Europa angekündigt werden, dann ist man bereit, der deutschen Demokratie, vertreten durch den neuen Außenminister, einen großen Kredit einzuräumen.

* * *

Insofern kann die diesjährige Pariser NATO-Tagung, während der verhältnismäßig wenig von Divisionen, Raketen und Atomplänen gesprochen wurde, als ein gerade für uns Deutsche wichtiges politisches Ereignis betrachtet werden. Es wird jetzt darauf ankomen, auf der Grundlage dieser Situation alle Möglichkeiten auszuloten, die mit Hilfe Deutschlands zur Entspannung in Europa beitragen können. Die Voraussetzungen dafür sind jetzt gegeben; es kommt darauf an, daß die neue Regierung entsprechend handelt.

+ + +

Entschlossenes Handeln geboten

Zur Debatte über die Regierungserklärung

sp - Die Befürworter der Großen Koalition können als Ergebnis des ersten Tages der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung des Kabinetts Kiesinger/Branät gewiß neuen Zulauf erwarten. Noch überzeugender als jemals zuvor erwies sich als gebieterische Notwendigkeit die Bildung einer aus den Unionsparteien und Sozialdemokraten bestehenden Regierung, um mit einer Lage fertig zu werden, die gekennzeichnet ist durch die wachsende Unruhe um die Sicherheit der Arbeitsplätze.

Die in der Debatte genannten aufschlußreichen Zahlen über den gegenwärtigen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung müssen erschrecken und auch die Gleichgültigen in unserem Volk alarmieren. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte in diesem Winter auf 700 000 ansteigen. Die Index-Ziffern der Bau- und Industrieproduktion liegen seit August unter dem Niveau des Jahres 1965. Die Stagnation der Wirtschaft hat weite Bereiche ergriffen, die Umsätze auch im Einzelhandel weisen rückläufige Tendenzen auf, die Steuereingänge verringern sich mehr als die bisherigen Schätzungen angegeben haben, die Bereitschaft zu investieren nimmt in einem besorgniserregenden Umfang ab, die Struktur der Gesamtinvestition wird weniger zukunftsorientiert.

Könnte eine kleine Koalition die Schwierigkeiten meistern und die Weichen für eine Entwicklung nach oben stellen? Helmut Schmidt, der antierende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, hat zu Recht daran erinnert, daß die Verhandlungen zwischen Freidemokraten und Sozialdemokraten an der Unmöglichkeit gescheitert sind, gemeinsame Auffassungen zur Überwindung der wirtschaftlichen und finanziellen Misere zu erzielen. Ein Brückenschlag ließ sich nicht finden. Die FDP vermag sich zwar auch nicht dem Ernst der Lage zu verschließen, aber ihre Vorschläge zur Sicherung von Stabilität und Wachstum sind rückwärts bezogen, sie orientieren sich an Leitbildern, die in die heutige Zeit nicht passen, das Übel eher vermehren, statt es zu lindern.

Nur eine kraftvolle Regierung, einer breiten parlamentarischen Mehrheit gewiß, kann unserem Volke wieder das geben, worauf es wartet und worauf es Anspruch hat: Vertrauen zu einer Staatsführung, die ihres Weges sicher ist und die den Mut zum Handeln hat und Finanzen und Wirtschaft wieder in Ordnung bringt. Die Große Koalition bietet die Gewähr dafür. Rasches und entschlossenes Handeln ist geboten. Es geht ja nicht allein um die Sicherheit der Arbeitsplätze, um die Deckung der Haushaltslücken, um Stabilität und Wachstum, es geht auch darum, den Boden wieder trocken zu legen, auf dem die Sumpfbüthen eines verschwommenen Nationalismus gedeihen.

+ - +

Frankreich als Beispiel

Die Wissenschaftsreserven sollen mobilisiert werden

Von Dr. Günther Müller, MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses
für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik

Zum erstenmal nach einer Generation sind wieder Nobelpreise für wissenschaftliche Leistungen an Frankreich gefallen. 1965 erhielten die Biologen Monod, Jacob und Lwoff den Nobelpreis für Medizin, 1966 der Elsässer Kastler den für Physik. Damit wurden für alle Welt offenkundig die Anstrengungen Frankreichs auf dem Gebiet der Wissenschaftspolitik honoriert. Diese Entwicklung wurde 1956, wie so vieles, unter dem Ministerpräsidenten Mendès-France eingeleitet. Damals waren zum erstenmal führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Erziehung zu einer Tagung in Caen zusammengelassen. Anfang November 1966 traten unter dem Vorsitz des Erziehungsministers Fouchet und des Wissenschaftsministers Peyrefitte wieder 300 führende Köpfe Frankreichs im gleichen Ort zusammen, um die zweite Phase der "Wissenschaftsrevolution" einzuleiten.

Im Sommer d.J. löste ein Gutachten des Wissenschaftsrats in der Bundesrepublik zur Frage der Reform des Hochschulstudiums ein lebhaftes Echo aus. Genau mit dem gleichen Problem waren Frankreichs Wissenschaftler in Caen konfrontiert. Die französische Konferenz schlug eine Abschaffung der Lehrstühle vor. Anstelle des bisherigen Systems soll das Departmentssystem nach amerikanischem Muster treten. Jedem Department soll ein auf bestimmte Zeit - voraussichtlich auf vier Jahre - gewählter Professor vorstehen. Die scharfe Trennung zwischen den Fakultäten soll verschwinden. - Besonderes Augenmerk will man in Zukunft der Lehrmethode, der Didaktik widmen. Die Hochschullehrer selbst sollen unterwiesen werden, wie man unterrichtet. Fähigkeit und nicht akademischer Titel soll bei der Auswahl der Professoren entscheidend sein.

Fast revolutionär im traditionell zentralistischen Frankreich muten die Vorschläge zu einer Reform der Universitätsverwaltung an. Das Verwaltungspersonal der Universitäten soll zur Entlastung der Dozenten von jeder Verwaltungsarbeit erheblich erweitert werden. Man will darüber hinaus autonome Universitäten schaffen, die miteinander in Konkurrenz treten. Die Zahl der Studierenden darf nach den Plänen in Zukunft 20 000 nicht überschreiten. Aus diesem Grunde will man allein in der Region von Paris 15 neue Universitäten schaffen. - Neue Vorstellungen hat man auch für die verstärkte Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Wie in den Vereinigten Staaten sollte die Industrie den wissenschaftlichen Hochschulen Studienaufträge erteilen können, die von ihr finanziert werden müßten. Behörden, Universitäten und Industrie sollten gemeinsame Forschungspläne aufstellen. Aus diesem Grunde will man bis 1970 die Zahl der Forscher in Frankreich von 25 000 auf 47 000 steigern.

Auf der Tagung in Caen wurde deutlich, daß Frankreich zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nicht selbst den Rhythmus der Entwicklung bestimmen könne. Eine verstärkte internationale Zusammenarbeit sei erforderlich. Immerhin hat Frankreich in den letzten Monaten versucht, auf außenpolitischem Gebiet eine verstärkte Wissenschaftszusammenarbeit einzuleiten. Bei einem so weitgehenden Gleichklang der Probleme zwischen Frankreich und der Bundesrepublik bietet sich hier eine Chance für die deutsche Politik an, den deutsch-französischen Vertrag auf diesem Gebiet mit einem neuen Inhalt zu erfüllen, der dazu beitragen könnte, die Wissenschaftslücke zwischen den USA und Europa etwas zu schließen.

Gefährliche Versäumnisse

Ausländer - eine Gefahr für die Volksgesundheit ?

Von Dr. med. F. Schmidt, MdL

Die SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen hat ein "Hearing" über das Problem der ausländischen Arbeiter durchgeführt. Politiker wollen mit Fachleuten sprechen, Meinungen austauschen, sich beraten lassen. Was man erreichen will, dürfte klar sein: Wege finden, auf denen sich das Zusammenleben möglichst reibungslos und tunlichst harmonisch entwickeln kann. Ärger und Verdruss, das weiß man, sind der menschlichen Gesundheit zumindest nicht förderlich.

Solange die ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik benötigt werden, ist es mehr als nur eine Sache einfacher Vernunft, sich mit ihnen zu arrangieren. Wenn hier einige Grundsatzfragen aus dem Bereich des Gesundheitswesens kritisch angerissen werden, dann geschieht das in der Absicht, auf diesem speziellen Gebiet nicht nur gefährliche Versäumnisse, sondern auch Wege aufzuzeigen, wie für beide Seiten das Zusammenleben durch die Einhaltung normaler Sicherheits- und Vorsorgebedingungen erleichtert werden kann.

Die Beseitigung von Mißständen und auch von Vorurteilen kann zweifellos dazu beitragen. Man wird auch daran denken müssen, daß nicht wenige Ausländer bei uns bleiben, indem sie ihre Familie zu sich holen oder - vielfach mit deutschen Frauen - eine solche gründen. Die volle Freizügigkeit nach den EWG-Verträgen steht bevor. Es bleibt nicht mehr viel Zeit, sich einer neuen Entwicklung in Europa anzupassen. Dazu gehören nicht zuletzt die entsprechenden gesundheitspolitischen Konsequenzen.

Zur Zeit arbeiten etwa 1,3 Millionen ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Nach dem Stand vom 1.10.1966 lebten davon 403 636 in Nordrhein-Westfalen. Unter ihnen befinden sich 94 352 Frauen. Zwischenstaatliche Abkommen für die Beschäftigung von Ausländern wurden mit folgenden Staaten abgeschlossen: Italien, Griechenland, Spanien, Türkei und Portugal. In diesen Ländern unterhält die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eigene Kommissionen mit deutschen Ärzten. Arbeitsvermittlung und Einreise in die Bundesrepublik werden bei folgenden Leiden verweigert:

- * Krankheiten oder Gesundheitsstörungen, die das Zusammenleben mit anderen Personen erheblich beeinträchtigen oder eine laufende ärztliche Behandlung erfordern;
- * Lungentuberkulose aller Formen, auch wenn sie augenscheinlich ausgeheilt sind;
- * andere übertragbare infektiöse oder parasitäre Erkrankungen;
- * Leiden des Verdauungsapparates, die sich durch Umstellung der Ernährungsweise verschlimmern, bzw. Leiden, die durch klimatische Umstellung zu einer erheblichen Gesundheitsbeeinträchtigung führen können, sowie auch
- * die Leistungsfähigkeit einschränkende Störungen des Seh- und Hörvermögens.

In den letzten 10 Jahren wurden aus gesundheitlichen Gründen von einer Arbeitsaufnahme in der BRD 86 000 Bewerber ausgeschlossen. Die deutschen Kommissionen untersuchten im Vorjahr 175 300 Ausländer, darunter 41 200 Frauen; abgelehnt wurden 17 000 Bewerber. Die Ableh-

nungen lagen in der Häufigkeit bei röntgenologisch nachgewiesenen Lungenveränderungen, Schäden der Sinnesorgane, Herz- und Kreislaufschäden, schwächlichem Allgemeinzustand und Schäden am Stütz- und Bewegungsapparat. - Die Anwerbung im Ausland durch die deutschen Kommissionen gibt folgende Sicherheiten:

- * die ärztliche Untersuchung,
- * den schriftlichen Arbeitsvertrag,
- * die wohnliche Unterbringung. Reisen jedoch Ausländer unter Umgehung
- * der Anwerbekommissionen in die BRD ein, dann treten andere gesund-
- * heitliche Richtlinien bei der Erlangung der Aufenthaltsgenehmigung
- * in Kraft. So werden z.B. auch Bewerber angenommen, bei denen eine in-
- * aktive, nicht ansteckungsfähige Tuberkulose der Lunge festgestellt
- * wird. Drei Probleme haben sich nun aus gesundheitlicher Sicht für
- * unser Land als gravierend herausgestellt:
- * die häufig auftretende Tbc,
- * die Zunahmen von Geschlechtskrankungen,
- * die angebliche Zunahme von kriminellen Vergehen.

Es ist leider nicht so - wie von seiten gewisser Stellen behauptet wird -, daß zwischen der Untersuchung im Ausland und der Ankunft in Deutschland höchstens ein Zwischenraum von 8 bis 14 Tagen besteht. Oft sind es 4 Monate und auch noch länger, so daß die Lungenbefunderhebung schon wieder problematisch geworden ist. Es wäre also dafür zu sorgen, daß der Abstand von 8 bis 14 Tagen eingehalten wird, oder aber, daß eine neue Röntgenkontrolle in Deutschland erfolgt. Häufig wird bestritten, daß die Lungen-Tbc der ausländischen Arbeitnehmer in der BRD einen besonders stürmischen Verlauf nehme; die Erfahrungen in Kliniken und Sanatorien stehen jedoch einer Verniedlichung des Problems entgegen.

Die veränderten Klima- und Lebensverhältnisse, die oft notwendige Umstellung der Kostformen und die seelischen Belastungen durch aufgegebene liebgewordene Gewohnheiten im Verwandten- und Freundeskreis, aber nicht selten auch eine spartanische Lebensweise (um Geld zu sparen!) bedeuten für den ausländischen Arbeitnehmer die Minderung der allgemeinen Abwehrlage Infektionen und Erkrankungen gegenüber. Deshalb sollte man von seiten des Gesetzgebers bemüht sein, nachfolgende Forderungen zu verwirklichen:

- * jährliche Röntgenkontrollen der Lunge, laufende Tuberkulinproben,
- * Durchführung der prophylaktischen BCG-Impfung (Schutzimpfung),
- * Gleichschaltung der Tbc-Beurteilung bei Untersuchungen in BR- und
- * Ausland.

Die Tatsache, daß nach vorübergehenden Abnahme der Geschlechtskrankheiten wieder ein Anstieg zu verzeichnen ist, sollte auch bei den ausländischen Arbeitnehmern zu erhöhter Wachsamkeit auffordern. Die Aufklärung in Wort, Schrift und Bild und die Möglichkeit schneller diagnostischer und therapeutischer Möglichkeiten müssen gegeben sein, da der Anteil der Infizierten unter den ausländischen Arbeitnehmern nicht gering ist.

Zu den kriminellen Delikten, die von relativ harmlosen Diebstählen über Sittlichkeits- bis zu Gewaltverbrechen führen, ist zu sagen: Der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer übersteigt vergleichsweise nicht den der einheimischen Bevölkerung, fällt jedoch begrifflicherweise visuell ins Gewicht. Gut würde sich ein verstärktes Einschalten von Psychologen bei den deutschen Kommissionen und bei den Untersuchungen in der BRD auswirken. - Abschließend darf gesagt werden, daß die Erfahrungen der Schweiz mit ihren ausländischen Arbeitnehmern in der BRD leider wenig Beachtung gefunden haben - oder besser gesagt: Die Erfahrungen wurden bei uns nicht berücksichtigt! Das ist bedauerlich, denn unsere Probleme mit den ausländischen Arbeitnehmern von heute hatte die Schweiz schon 1959. Sie wurde jedoch schon damals besser mit ihnen fertig, aber weil man in der Schweiz konsequenter gehandelt hat als in der Bundesrepublik, wo es nicht nur in dieser Beziehung an der Konsequenz und am Handeln mangelt.